**Ökonomisch zweifelhafte Finanz- und Investitionspolitik der Stadtverwaltung**

Bei einer vorausgegangenen Gemeinderatssitzung im Juli berichtete der Bürgermeister sowie der Kämmerer vom Verlauf der letztjährigen und diesjährigen Finanzsituation bei der Stadt. Nach deren Aussagen kann das Haushaltsjahr 2020 voraussichtlich mit einem Überschuss von ca. 1,5 – 2,0 Mio. Euro abschließen und auch im Haushaltsjahr 2021 ist mit einem sehr guten Ergebnis zu rechnen. Die Liquidität beträgt nach Auskunft der Verwaltung derzeit fast 12 Mio. Euro.

Auf Nachfrage räumte der Kämmerer dann ein, dass diese derzeitige Liquidität dazu führt, dass die Stadt zwischen 6000 und 8000 Euro pro Vierteljahr an Negativzinsen an die Banken für die Aufbewahrung dieser Geldanlagen zahlen muss **(rd. 30 000 Euro pro Jahr!!!)**

Erstaunlich war dann die Feststellung des Sprechers der FW-Fraktion, dass in der Stadt eigentlich ein großer Investitionsstau bestehe und auch unter diesem Blickwinkel die finanzielle Situation eingeschätzt werden müsse. Er sagte allerdings nicht, dass diese Aufgaben auch endlich angepackt werden sollten bzw. müssen und nicht von Jahr zu Jahr aufgeschoben werden dürfen.

Aus der Sicht der PRO-OX-Fraktion steht dabei eine ganze Reihe von dringenden Maßnahmen an (unvollständige Auflistung):

* Sanierung Schulzentrum (Gymnasium, Realschule, Sporthalle, Schulhof) >6-7 Mio
* Abwasser- und Straßensanierung Riedstraße >5,5 Mio
* Starkregen- und Hochwasserschutzmaßnahmen >3-4 Mio
* Breitbandversorgung >2 Mio
* Straßen- und Abwassersanierungen im ganzen Gemeindegebiet > 5-6 Mio Euro

Warum dieses zweifelhafte Finanz- und Investitionsgebaren vom Großteil des Gemeinderats nicht weiter hinterfragt wird, bleibt für uns ein Geheimnis.

Um das Gesicht gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu wahren und Aktivitäten zu suggerieren, werden fast nur noch Planungsaufträge z. B. zur Sanierung des Schulzentrums, zum Ausbau der Straßen- und Abwassersanierung Ehingerstr./Eichenerstr. in Reinstetten, zur Vorsorge gegen Starkregen- und Hochwassergefahren in allen Ortsteilen sowie zur Breitbandversorgung erteilt. Doch die ständige Vergabe von Planungsaufträgen aber führt noch längst nicht zur Erledigung dieser Maßnahmen. Der nicht mehr verantwortbare Investitions- und Reparaturstau wird immer größer und für die Mittel im Sparstrumpf zahlt die Stadt an die Banken noch Aufbewahrungsgeld in nicht unbeträchtlicher Höhe. Wer kann und soll das noch verstehen!!

Ein Beispiel dieses nicht nachvollziehbaren Vorgehens:

* Ausbau Riedstraße: Haushaltsplanansatz 2020 = Ausgaben 2,2 Mio + 1,35 Mio

Verpflichtungsermächtigung

Haushaltsplanansatz 2021 = Ausgaben 2,8 Mio

**Außer bisher erteilten Planungsaufträgen ist nichts geschehen!**

Und so sieht es derzeit (Stand 1.11.2021) bei der Umsetzung des laufenden Haushaltsplans 2021 aus:

* Vorgesehene Ausgaben für Beschaffungs- und Baumaßnahmen 6.038.800 Euro
* Teilerledigte Aufträge (Grunderwerb, KiGa St. Walburga, usw.) ca. 1.400.000 Euro
* Unerledigte Aufträge (Riedstr. , Breitband, Straßensanierungen) ca. 4.638 000 Euro
* Zahlungsmittelüberschuss aus dem Ergebnishaushalt ca. 1.585.000 Euro

Und so wird das Ergebnis dann ausfallen (wie in den letzten Jahren immer):

* Einnahmen aus Zahlungsmittelüberschuss s.o. ca. 1.585.000 Euro
* Einnahmen durch Beiträge und Zuschüsse von ca. 2.165.000 Euro
* Ausgaben durch kleinere und zwischenzeitlich erledigte Vorhaben ca. 1.400.000 Euro
* **Überschuss** und Liquiditätserhöhung (Abmangel lt. Plan -2,2Mio) **ca. 2.350.000 Euro**

**Warum dies von der Verwaltungsspitze so gehandhabt wird (und der überwiegende Teil des Gemeinderats lässt gewähren) können wir nur vermuten.**

Am 23. November 2021 findet wieder eine Gemeinderatssitzung statt, in der dann der Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2022 eingebracht wird und die Fraktionen können dann ihre ersten Stellungnahmen dazu abgeben. Wir sind wirklich gespannt, wie die einzelnen Fraktionen von CDU, FWV und SÖB darauf reagieren; ob die Zahlen einfach so hingenommen werden oder ob endlich auch mal „Tacheles“ geredet und die erforderlichen Maßnahmen nicht nur geplant und finanziell unterlegt, sondern endlich auch die reale Umsetzung eingefordert wird.

**Schöne Haushaltsreden nützen gar nichts und bringen uns in der Stadt nicht weiter.**

**Hinzu kommt ein haushaltsrechtliches Desaster:**

Bereits zum Haushaltsjahr 2019 wurde bei der Stadt Ochsenhausen das **N**eue **K**ommunale **H**aushalts- und **R**echnungswesen (NKHR) eingeführt. Grundlage dieses NKHR ist eine Ergebnisrechnung (früher Verwaltungshaushalt), bei der die Abschreibungen der einzelnen Produktgruppen ausgewiesen und am Ende der Ergebnisrechnung ausgeglichen sein müssen. Dies setzt aber voraus, dass die hierzu erforderliche Eröffnungsbilanz erstellt wird.

*„Der Kämmerer schrieb hierzu in seiner Einführung zum Haushaltsplan 2019: Der wichtigste Unterschied zum Verwaltungshaushalt besteht darin, dass die Abschreibungen und die Auflösung von Zuschüssen und Beiträge …..aus dem gesamten Vermögen der Stadt zu buchen sind. Genau dieses ist im Sinne von intergenerativer Gerechtigkeit durchaus gewollt.*

Bis heute ist aber von der Verwaltung - trotz mehrfacher Anmahnung - diese Eröffnungsbilanz nicht erstellt worden, so dass eigentlich keine schlüssige Haushaltserstellung möglich ist. Zudem kann aufgrund dieser fehlenden Eröffnungsbilanz kein rechtskonformer Rechnungsabschluss erstellt werden, weil das gesamte Vermögen der Stadt nicht erfasst ist. Dies bedeutet als Konsequenz, dass wir als Gemeinderat immer nur vorläufige und nie endgültige Zahlen präsentiert bekommen.

Wie aber soll und kann unter diesen Umständen ein Gemeinderat seiner Verantwortung gerecht werden und wie lässt sich unter diesen Umständen ein vollumfänglicher Ressourcenverbrauch darstellen?

Diese bei unserer Stadtverwaltung geübte Praxis und Handlungsweise würde ein privates Unternehmen schon längst an den Abgrund führen. Und warum hier von Seiten der Verwaltung nicht mehr Druck wegen Vertragsverletzung auf den beauftragten Dienstleister ausgeübt wird, ist ebenfalls nicht nachvollziehbar und auch nicht mehr länger hinnehmbar. Allein im Finanzhaushalt (Teilhaushalt 3) sind für Sach- und Dienstleistungen insgesamt 593 400 Euro eingestellt. Allein am Geld kann es deshalb nicht liegen!